

# DIE ZEICHEN STEHEN GUT

Von Amber Sadoor



**Das heutige Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell ist das Beste aller Denkbaren.  
Damit sind wir am Ende der Geschichte angekommen – und am Ende dieses Artikels.**

**Unsinn.** Der Lack ist ab, die Illusion blättert, die bis kürzlich noch stabilen Bilder über die Welt lösen sich auf wie Aquarelle im Wasserbad. Revolutionen sind in der Menschheitsgeschichte nichts Neues. Doch wann kommt die nächste? Und wie sieht sie aus?

Ein gewisser Jesus von Nazareth löste eine Revolution aus, die den Monotheismus spaltete und aus den Juden die Christen gebar. Ein gewisser Martin Luther spaltete diesen Glaubenszweig, als er die Heuchelei der Mächtigen des Christentums kritisierte und den Ablasshandel angriff – und erschuf Katholiken und Protestanten. Sein Namensvetter Martin Luther King führte eine Revolution in den USA an, die den Schwarzen die Bürgerrechte brachte, nur wenige Jahrzehnte nachdem sich die Amerika-Auswanderer weigerten, den englischen Kolonialherren die verlangten (Tee-) Steuern zu zahlen, und so die Unabhängigkeit der Vereinigten Staaten von Amerika erkämpften. Die jüngste Revolution in Europa ist 20 Jahre her und sie verbannte den Spießbürger-Sozialismus dahin, wo er hingehört: in den Orkus der Geschichte.

## **Und nun? Ende der Geschichte?**

Wohl kaum. Den Finger in die Wunde legte kürzlich der holländische Journalist Rob Savelberg auf einer deutschen Pressekonferenz. Er fragte die frischgebacken alte Kanzlerin, wie sie jemandem das Finanzministerium ans Herz legen kann, der vor Jahren im Bundestag sagte, er konnte sich nicht erinnern, dass er 100.000 D-Mark in bar in seiner Schublade liegen habe. Er hatte sie vom Waffenlobbyisten Schreiber bekommen und das ganze Verwirrspiel war Teil einer zweifelhaften Finanzierungsrunde der größten Par-

tei Deutschlands, die nur durch übermannsgroße "Ehrenworte" und einer mutlosen Journaille unter der Decke gehalten wurde. Eben dieser Schäuble ist nun Finanzminister und soll die Finanzen für (und von) 82 Millionen Deutschen verwalten. Ist er angesichts seiner Vergangenheit überhaupt dazu fähig, fragte der Journalist, mit Geld umzugehen?

Die Frage bekommt eine besondere Brisanz, wenn man sich die Entwicklung des Finanzsystems seit 2008 vor Augen hält. Im damaligen Herbst stellte sich dieselbe Bundeskanzlerin hin und sagte: Die Einlagen sind sicher. Diese öffentliche Predigt war notwendig geworden, weil das Vertrauen in die Finanzinstitute des Landes schneller schmolz als das Eis an den Polen. (Nie zuvor und auch nie danach tauchte das Wort „Vertrauen“ so oft in den Medien auf wie in diesen Monaten!) Der drohende Zusammenbruch des Finanzsystems hätte zweifellos unser Leben in wilde Turbulenzen gestoßen und hätte jegliche Illusion über die Dauerhaftigkeit unserer Wirtschaftsweise zerrissen. Es liegt in der Verantwortung jeder Führungspersonlichkeit, solche Situationen zu vermeiden. Doch was kam danach? Stattliche staatliche Milliarden waren plötzlich da, die in den Jahren zuvor nie gesehen wurden. Sie wurden dorthin gepumpt, wo zuvor andere Milliarden verschwunden waren, irgendwo in die Tiefen des Finanzwesens. Als stattliche Bonuszahlen quollen sie von dort wieder an die Oberfläche – leider mit der betrüblichen Eigenschaft, von allen Bürgern eingesammelt worden zu sein, aber leider nur in den Taschen weniger zu landen. Leistungsgesellschaft eben. Mehr ist nicht passiert. Das Finanzgebilde wankte – oder vielleicht tat es auch nur so – es wurde mit frischem Geld potemkiniert und ansonsten hat sich nichts geändert. Die Regeln blieben gleich, die Akteure sind dieselben, die Aktien-Bäume wachsen wieder in den Himmel. Gottseidank ist nichts passiert.

Geldkritische Denker wundern sich vielleicht darüber, wie leicht das System zu flicken ist, aber sie ahnen: Das letzte Wort ist nicht gesprochen. Die ersten Wellen sind vererbt, doch der Tsunami der Schuldenwirtschaft holt nur neue Kraft, um von Neuem die Ufer der noch heilen Welt heimzuseuchen.

Die Bürgerschaft wählt währenddessen GELB, sie wählt den Heiland, der ihnen das Blaue vom Himmel verspricht – in Form von Steuersenkungen. Die sind dann doch nach den Koalitionsverhandlungen erstmal verschoben, war doch schon vor Abwrackprämie und Konjunkturpaketen klar, dass eigentlich kein echter Spielraum ist, den Bürger zu entlasten. Wer klaren Verstandes an die Sache herangeht weiß: Statt Steuersenkungen wird es eher Steueranhebungen geben, auch wenn die in der Medienkratie bestimmt ganz anders heißen. Gründe – oder besser: Begründungen – finden sich genug, ist es doch üblich, dass in Skandinavien der Mehrwertsteuersatz über 20% liegt und angesichts der angestrebten europäischen Vereinheitlichung ist es doch nur konsequent... naja.

Wie war das eigentlich damals in Frankreich? Ende des 18. Jahrhunderts. Das Bürgertum ließ sich die Butter noch vom Brote nehmen, durch die Adligen und den König, dessen Kassen immer leer, dessen Hunger nach Amüsement aber groß waren. Steuererhöhungen waren es dann auch, die die Finanzproblematik immer näher an Françoise Normalfranzose heranrückte, so lange bis die Geduld am Ende war. Dann wurde die Bastille gestürmt, der König geköpft und die Menschheit kam einen kleinen Schritt voran. Wo liegt die Geduldslatte für Otto Normalverbraucher von heute? Müssen erst alle ihre Rücklagen auflösen, um dem Steuerdurst nachzukommen? Muss erst jeder Kleinunternehmer seine Bausparverträge auflösen, um den Steuerforderungen von Steinbrücks – pardon – Schäubles Schergen nachzukommen?

Denn klar ist wohl: Nicht für den Bürger zahlt der Bürger neue Steuern, er wird sie zahlen, um die Schwarzen Löcher des Systems zu stopfen und um die Zinslast auf dem gemeinschaftlichen Schuldenberg zu schultern. Nichts Konstruktives, wahrlich nicht, doch so lang das System so läuft, wie's läuft und Habenden noch mehr hinwirft und Zahlende zur Kasse bittet – so lange wird der Wind wohl eher schärfer, anstatt Wirtschaft und Gesellschaft in ruhigere Fahrwasser zu leiten.

### Wie lange noch?

So manche Theorie besagt: Der Staatsbankrott ist unumgänglich. Gelebt wird er in unserem Umfeld derzeit von den Letten, die bis vor kurzem noch Teil des „baltischen Tigers“ waren. Und von den Isländern, die sich inzwischen nichtmal mehr deutsche Zwiebeln leisten können und deshalb künftig auf McDonalds verzichten müssen (was den Effekt hat, dass man über inländische FastFood-Restaurants mit

einheimischen Zutaten nachdenkt). Doch da die Gesetzmäßigkeiten des Systems sich nicht gewandelt haben, stattdessen die Bruchstellen breiter und die Ungleichgewichte zerreißen geworden sind, ist es nur eine Frage der Zeit, bis das isländisch-lettisch-griechische Modell weiter nach Kerneuropa vordringt..

Packt Schäuble dann dieselben Daumenschrauben als Finanzminister aus, die er schon als überwachungswahrender Innenmann vor sich hertrug? Durchleuchten die Finanzbehörden uns demnächst mit derselben Gründlichkeit, wie das BKA & Co. schon im Auftrage des Herrn tun sollten? Wird jedes Fipsel Groschenrest demnächst mit harter Hand (und vergesslichem Kopf) eingetrieben, um das System am Laufen zu halten?

Es ist nicht leicht, sich gegen den Zugriff der hoheitlichen Ämter zu wehren. Wenn man Geschichten hört, bei denen Finanzbeamte Gerichtsurteile zu ihren Ungunsten leichtfertig mit „Mal hat man Glück, mal eben nicht“ kommentieren, wo es auf Seiten des Beklagten um das Überleben einer kleinen Firma und den persönlichen Bankrott des Menschen geht; wenn man zu Ohren kriegt, dass Selbständige ihren Bausparvertrag auflösen, um Nachforderungen des Finanzamts zu begleichen; wenn Finanzbeamte Rechnungen infrage stellen, nur um die Mehrwertsteuer doppelt eintreiben zu können – wenn man solche Geschichten hört, dann will sich jeder lieber wegducken. Nur nicht in den Fokus geraten. Protest lieber zuhause, ganz privat, am Abendbrottisch hört uns keiner (soweit hat es Schäuble nicht geschafft). Doch ändern wird sich dadurch nichts.

Revolutionen, also grundlegende Veränderungen am jeweils realexistierenden System, setzen immer eine Masse von Menschen voraus. Sie brauchen eine Protestform, die wirksam ist. In der DDR war die sensibelste Stelle die Öffentlichkeit, weil Kritik nie öffentlich zu hören war. Heute darf man alles sagen, aber es hört niemand zu. Angemessener Protest, weil wirksam und systembetreffend, fände sich heutzutage ganz sicher im Bereich der Finanzen.

Zum Steuerstreik darf hierzuland nicht aufgerufen werden, denn diese Form des zivilen Ungehorsams kann als Anstiftung zum Rechtsbruch geahndet werden. Der Steuerstreik, der sich von der Steuerhinterziehung dadurch unterscheidet, dass er offen deklariert wird, dient nicht der persönlichen Bereicherung. Die vielzitierte Wikipedia sagt: „Ein Steuerstreik ist die Weigerung von Steuerpflichtigen, die geschuldeten Steuern an den Staat abzuführen. Die Vorenthaltung der Steuer dient dabei als Mittel, ein Anliegen gegenüber dem Staat durchzusetzen.“ Und so, da offensichtlich alle Mittel ausgeschöpft sind, werden wir uns wohl dem Diktat der Situation ergeben, ergeben warten, dass Schäuble den Haushalt wieder in Ordnung bringt, hoffen, dass wir die letzten sind, die betroffen sein werden und glauben, dass der Tsunami der Finanzwelt an uns vorbeirollt. Die Zeichen stehen gut. ■